



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 076/2021

27.04.2021

Baden-Württemberg öffnet Impfterminvergabe für mehr Menschen aus der dritten Priorität

Minister Manne Lucha: „Am kommenden Montag öffnet Terminvergabe für Menschen mit Vorerkrankungen aus Priorität 3 / Beschäftigte der kritischen Infrastruktur folgen voraussichtlich Mitte Mai / Ministerium lädt Interessenvertretungen der Impfberechtigten zum Stakeholder-Dialog“

Vom kommenden Montag an (3. Mai) öffnet das Land die Vergabe von Impfterminen für alle Menschen mit Vorerkrankungen aus der dritten Priorität (nach § 4 der Corona-Impfverordnung des Bundes). Dazu gehören zahlreiche Menschen mit Vorerkrankungen, etwa behandlungsfreien Krebserkrankungen, HIV, Rheumaerkrankungen und Autoimmunerkrankungen, Herzerkrankungen, Asthma oder Adipositas. Impfberechtigt sind ab Montag auch jeweils bis zu zwei Kontaktpersonen von Menschen, die aufgrund einer dieser Erkrankungen oder aufgrund des Alters von über 60 Jahren pflegebedürftig sind. Noch etwas gedulden müssen sich die Beschäftigten von Berufsgruppen aus der dritten Priorität. Mit der Öffnung dieser Stufe wird, abhängig von den Impfstofflieferungen, etwa Mitte Mai gerechnet.

„Die wachsenden Impfstoffmengen machen sich bemerkbar, wir machen gute Impffortschritte. Deshalb können wir nun die Impfungen für die nächste priorisierte Stufe öffnen: Von Montag an können in Baden-Württemberg Menschen mit Vorerkrankungen, die nach der Corona-Impfverordnung des Bundes in der dritten Priorität impfberechtigt sind, einen Termin

Else-Josenhans-Str. 6 · 70173 Stuttgart · Telefon 0711 123-3550 · presse@sm.bwl.de

www.sozialministerium-bw.de · www.baden-wuerttemberg.de

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten unter www.sozialministerium-bw.de/datenschutz

Auf Wunsch werden Ihnen diese auch in Papierform zugesandt.



vereinbaren“, sagte Gesundheitsminister Manne Lucha am Dienstag (27. April) in Stuttgart. Als Nachweis für die Impfberechtigung dient ein entsprechendes Attest des behandelnden Arztes. Für die Kontaktpersonen von Pflegebedürftigen wird es wie bisher eine Vorlage für eine entsprechende Selbstbescheinigung auf der Homepage des Sozialministeriums geben. Diese wird rechtzeitig bis Montag online gestellt.

Mit dem weiteren Öffnungsschritt werden schätzungsweise rund 1,5 Millionen weitere Menschen impfberechtigt. Entsprechend ist ab Montag wieder mit einer großen Nachfrage bei der zentralen Terminvergabe zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der bundesweiten Debatten um eine zügige Aufhebung der Impfpriorisierung wirbt Minister Lucha um Geduld: „Jede Impfdosis, die zu uns kommt, wird rasch verimpft. Sobald ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht, werden wir die Priorisierung nicht mehr brauchen. Aber noch haben wir nicht genug Impfstoff, um jedem Menschen zeitnah ein Impfangebot zu machen. Deshalb konzentrieren wir uns im Mai zunächst weiter auf die besonders Schutzbedürftigen, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben und deshalb bevorzugt geimpft werden“, so der Gesundheitsminister weiter. „Wenn andere Bundesländer die Priorisierung aufheben, heißt das nicht, dass alle Berechtigten schnell einen Termin bekommen. Es bewerben sich schlicht und einfach noch viel mehr Menschen um dieselbe Anzahl an Impfterminen. Das produziert Frust und Ungerechtigkeiten. Deshalb öffnen wir erst dann komplett, wenn wir auch wesentlich mehr Impfstoff verteilen können.“

Ministerium lädt Sozialverbände und Interessenvertretungen der Impfberechtigten zum Dialog

Das Ministerium für Soziales und Integration wird im breiten Schulterschluss mit den an der Impfkampagne beteiligten Akteurinnen und Akteuren in die nächste Phase der Impfkampagne einsteigen, sobald ab Mai/Juni die angekündigten Impfstoffmengen verfügbar sind. Der Landesimpfgipfel am 16. April war dabei der Auftakt zu einer Reihe von Dialogveranstaltungen. Zur nächsten digitalen Stakeholder-Veranstaltung lädt das Sozialministerium am 3. Mai die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, den Landesseniorenrat, die Landesbehindertenbeauftragte, Selbsthilfeinitiativen und Betroffenenverbände als Interessenvertretungen der besonders vulnerablen Menschen ein. Auch Gruppen, deren nachvollziehbares Anliegen für eine Höherpriorisierung in der Corona-Impfverordnung des Bundes

bislang aufgrund des Impfstoffmangels nicht berücksichtigt werden konnte, werden zu dem Dialog eingeladen.

„Der Schutz der besonders vulnerablen Personengruppen hat auch im Mai weiterhin Vorrang. Wir wollen gemeinsam erörtern, wie wir die Impfungen der priorisierten Personengruppen weiterhin gezielt voranbringen und wie die Planungen für die Impfkampagne für die nächsten Wochen aussehen“, so Lucha.